schaffen; 2. suchte ich zu verhindern, daß durch meine vorübergehende Ministerpräsidentschaft die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung, in der ich meine Lebensarbeit verkörpert und die sich aus Angehörigen der Oppositions- und Koalitionsparteien rekrutiert, nicht zerschlagen oder auseinandermanövriert wird; 3. wollte ich auch nach Beendigung meiner schwierigen Mission nach allen Seiten hin als anständiger Mensch dastehen. Ich glaube, daß mir dieses Ziel gelungen ist, und das genügt mir. Dem deutschen Volke aber möchte ich zurufen: Wache auf aus deinem politischen Schlaf! Das gegenwärtige deutsche Parteielend bringt dich, wenn es andauert, rettungslos an den Abgrund!

Deutscher Reichstag.

CB. Berlin, 7. November.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stand die Beratung des Branntweinmonopols in Verbindung mit den Steuergesetzen, zu deren Begründung der stellvertretende Reichsfinanzminister Dr. Hermes in voriger Woche gesprochen hatte. Auf Vorschlag des Ältestenrates wurde mit den gesamten Vorlagen eine deutschnationale Interpellation verbunden über den

Stand unserer Valuta.

Abg. Edler von Braun (Deutschn.) begründete die Interpellation mit dem Bemerken, die Regierung habe versichert, daß nach Annahme des Ultimatums eine erhebliche Besserung unserer finanziellen Lage sich ergeben würde. Das Gegenteil sei der Fall gewesen. Was gedenke die Regierung zu tun, um den völligen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft zu verhindern? Der Redner verlangte eine klare Auskunft darüber.

Präsident Loebe teilte dazu mit, daß die Interpellation im Laufe der jetzigen Aussprache vom Minister beantwortet werden würde.

Die Aussprache über die Steuervorlagen.

Abg. Braun-Franken (Soz.) kritisierte die Rede des stellvertretenden Finanzministers, der sich leider nicht tiefergehend mit den Fragen dieses Amtes beschäftigt habe. Die Rede sei eine allgemeine Enttäuschung gewesen. Der Minister habe nur die phantasieloseste Darstellung der finanziellen Verhältnisse gegeben, die seit einer langen Reihe von Jahren dagewesen sei. Es fehle an jeder Spur eines Finanzplanes. Weiter führte der Redner aus, wenn ein Franzose, der aus den stillstehenden Betrieben seiner Heimat kommt und unsere rauchenden Schlote sieht, der Ansicht ist, daß wir zahlen können, so sei diese Ansicht jedenfalls besser begründet als die Ansicht der Stinnes und Helfferich.

Die Gesamtheit der Steuervorlagen erscheint uns ungenügend.

Was der Finanzminister vorgeschlagen habe, befriedige in keiner Weise. Der französische Ministerpräsident hat klipp und klar gesagt: „Erfüllung Deutschlands oder die Gewalt Frankreichs". Die Devisenbeschaffung ist eine Frage von Leben und Tod. Wir wollen daß die deutsche Industrie ihren Teil leistet, damit wir nicht Konkurs anmelden müssen. Aufgabe des Reichstags sei es, die Gefahr, die uns von der Industrie droht, abzuwenden. Hier rief der Abg. Dr. Helfferich dem Redner zu: „Sie sind zu geistreich", worauf der Abg. Braun entgegnete: „Sie sind während des Krieges nicht nur geistreich, sondern gewissenlos gewesen." Wir erklären, damit schloß der Redner, daß die Arbeiterkreise zu größten Opfern bereit sind, Voraussetzung ist aber, daß die Besitzenden ihren Teil beitragen. Wir müssen unbedingt zu einer Stabilisierung der deutschen Mark kommen, damit die weltwirtschaftlichen Beziehungen gesichert werden. Soll die Erfüllungspolitik keine hohle Phrase sein, so müssen wir zur Erfassung der Sachwerte gelangen. Im übrigen sind wir uns klar, daß die neuen Steuervorlagen nicht genügen. Die Steuern müssen die tragen, die sie tragen können.

Abg. Herold (Zentr.) bemerkte u. a., daß er den Zweck der soeben gehörten Rede nicht einzusehen vermöge, da doch die Partei des Vorredners der Koalition angehöre. Jedenfalls bestehe gar keine Veranlassung, von vornherein dem jetzigen Reichsfinanzminister mit Mißtrauen zu begegnen. Die Rede des Vorredners machte geradezu den Eindruck, als solle sie eine Aufforderung an Frankreich sein, rücksichtslos seine Foderungen einzutreiben. (Zustimmung rechts und beim Zentrum.) Der Redner nahm weiter den Minister gegen den Vorwurf zu großer Bescheidenheit bei der Besteuerung des Besitzes in Schutz und erklärte, man soll nicht immer jedes Gesetz für sich allein ansehen, sondern ihre Gesamtheit in Betracht ziehen, um ein richtiges Bild von der Erfassung des Besitzes zu bekommen. Selbst die Sachverständigen der Alliierten geben zu, daß

die direkten Steuern so hoch

geworden sind, daß ihre Ermäßigung ins Auge zu fassen wäre. Auch weite Kreise unseres Volkes erkennen diese übermäßige Belastung an. Vor allem aber warnen wir vor Experimenten, an die Stelle der Grundwerte jetzt mit einem Male die Ertragswerte als Grundlage für die Besteuerung treten zu lassen. Für eine gesunde Steuerentwicklung sei Beständigkeit erforderlich. Schließlich ging der Redner auf die einzelnen Steuervorlagen ein, wobei er bemerkte, daß die Ausschußberatung in der Frage der Besteuerung der Industriepapiere sowie in der Frage der Vermögenszuwachssteuer noch viel Arbeit vor sich hat. Ebenso gebe die Umsatzsteuer zu Bedenken Anlaß. Das gleiche gelte übrigens von allen übrigen direkten wie indirekten Steuern. Man darf die Industrie nicht mit Steuern erdrücken. Der Redner schloß mit der Hoffnung, daß die Parteien sich schließlich alle hinter die Regierung stellen würden, auch die Partei, deren Redner vorhin abseits stand.

Abg. Böhm (Bayer. Volksp.) bedauerte, daß die Regierung nicht den Mut habe, der Entente einmal offen über unsere Verhältnisse Aufschluß zu geben. Die Steuervorlagen seien jedenfalls ein Beweis dafür, daß wir am Ende unserer Kräfte stehen.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) erblickte die einzige Ursache unseres Finanzelends in der Reparationslast. Die beiden Goldmilliarden, die wir jährlich bezahlen müssen, machen nach dem letzten Valutasturz 225 Milliarden im Jahre aus. Kein vernünftiger Mensch kann sich einbilden, daß wir das tragen können. Die Gehälter, die wir beziehen, sind in Wirklichkeit ein Pappenstiel. Die Not der breiten Masse wächst, damit nimmt die innere Kaufkraft ab, wir überschwemmen das Ausland mit billigen Waren, können aber selber nichts kaufen. Solange die Entente an ihren Forderungen festhält, muß sie auch die Verantwortung für unseren Zusammenbruch tragen. Auch an der zunehmenden Arbeitslosigkeit im Auslande trägt die Ententepolitik die Schuld. Was die Sozialdemokraten hier über die Notwendigkeit einer Erfassung der Sachwerte vorbringen, zeugt von gänzlicher Unkenntnis und Verkennung der Tatsachen. Auch uns scheint die Stabilität der Reichsmark das wünschenswerteste Ziel, aber wir sind dagegen, die letzten Restbestände unserer Reichsbank an diese Sache zu wagen. Die Reparationskommission müßte uns die Reparationszahlungen eine Zeitlang stunden, dann könnten wir die inneren Schwierigkeiten in Ordnung bringen.

Reichswirtschaftsminister Schmidt betonte, wir wollen unseren guten Willen bei der Erfüllung des Ultimatums zeigen, mehr haben wir bei seiner Annahme auch nicht versprechen können. Wenn die Entente damals das Ruhrgebiet besetzt hätte, ständen wir jetzt auch vor dem industriellen Zusammenbruch. Wir müssen die Ausfuhr fördern, aber auch darin sind wir von der Entente beschränkt, und wir wären es noch mehr, wenn die Entente von ihren Machtmitteln noch stärker Gebrauch machte.

Ungeheure Mengen französischer Luxusartikel

werden bei uns eingeführt, entweder wir trinken nun den französischen Champagner und Kognak und pfeifen auf die Reparationen, oder wir erschweren den Zugang zu den Weinstuben und Likörstuben. Hier treffen wir freilich auf Verständnislosigkeit. Nun kam der Minister auf die wilde Spekulation an der Börse zu sprechen und erklärte, wir wollen einen Gesetzentwurf einbringen, der das freie Spiel in Devisen einschränkt. Vielleicht kann man auch die Spekulationsgewinne an der Effektenbörse wegsteuern. Es ist verständlich, daß Kaufleute Devisen zurückhalten, um Rohstoffe kaufen zu können. Aber wir werden uns an das Ausland wenden müssen, damit das Ausland hilft, die von Deutschen im Auslande hinterlegten Devisen herauszuholen. Wegen einer Anleihe im Auslande sind Verhandlungen mit der Industrie gepflogen worden, die leider zu keinem Resultat geführt haben. Bleibt der Dollar auf der jetzigen Höhe, so sehe ich sehr schwarz auch für die innerpolitische Lage.

Abg. Dr. Helfferich (Deutschn.) bemängelte vor allem, daß in einer Zeit wie der jetzigen das Reichsfinanzministerium nebenamtlich verwaltet wird, und verurteilte es, daß der Reichskanzler zugleich Minister des Auswärtigen ist. Dann ging Helfferich auf die einzelnen Zahlen des Reichshaushaltes ein.

Der Redner betonte besonders, daß im nächsten Jahre unsere Zahlungen an die Entente sich auf 180 Milliarden belaufen werden. Alle Anstrengungen des deutschen Volkes seien vergeblich, derartige Lasten zu bewältigen. Die gesamte Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes reiche nicht einmal aus, um den Reichshaushalt in Ordnung zu bringen, wenn wir keine Zahlungen an unsere Feinde zu leisten hätten. Seine Partei werde sich sachgemäß an der Beratung der Steuervorlagen beteiligen, könne aber keine Vorlagen genehmigen, die nach ihrer Auffassung schädlich sind. Wenn jetzt die Verbrauchssteuern erhöht würden, so sei das die Schuld der Entente und der deutschen Sozialdemokratie. Das müsse beizeiten festgestellt werden. Am Schlusse seiner Ausführungen beschäftigte sich der Redner mit dem Kurssturze der Mark.

Die Verhandlungen dauerten noch geraume Zeit.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Das Verfahren im Kapp-Prozeß.

Von zuständiger Seite wird eine längere Darstellung der Dinge gegeben, die zur Verschiebung des auf den 27. Oktober angesetzt gewesenen Prozesses gegen Jagow, Schiele und Wangenheim geführt haben. Die Erklärung betont, daß der Verteidiger der Angeklagten Ehrhardt, Bauer, Schnitzler, Pabst am 14. Oktober den schriftlichen Antrag eingereicht habe, diese Angeschuldigten gegen Sicherheitsleistung mit der Untersuchungshaft zu verschonen. Der Oberreichsanwalt lehnte den Antrag ab. Diese Stellungnahme billigt auch der Reichsminister der Justiz. Der Erste Strafsenat von Leipzig bewilligte aber das Freigeleit unter den gewissen, bekannten Bedingungen. Nachher stellte sich heraus, daß der Verteidiger irrtümlich gehandelt hatte, da die genannten Angeklagten nicht mehr die Absicht hatten, sich zu stellen. Bei dieser Sachlage hat der Oberreichsanwalt Aufhebung des freien Geleits beantragt; das Reichsgericht gab dem statt. Es wird nunmehr gegen Jagow, Schiele und Wangenheim allein verhandelt werden. Der Termin hierfür ist auf den 7. Dezember festgesetzt worden.

Flucht eines verurteilten Kommunistenführers.

Der frühere Vorsitzende der Kommunistischen Partei Deutschlands, Brandler, der wegen der Haltung seiner Partei während des diesjährigen Märzaufstandes in Mitteldeutschland vom Sondergericht beim Landgericht in Berlin zu 5 Jahren Festungshaft verurteilt worden war und diese Strafe im Festungsgefängnis Gollnow verbüßte, ist aus Gollnow geflüchtet. Er hatte Stadturlaub und kam von diesem nicht zurück.

Postbeamte gegen die neue Besoldungsordnung.

Die Reichsgewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten hat zu der Neuregelung der Beamtenbesoldung Stellung genommen und eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: Die für die Neuregelung der Beamtenbesoldung vorgesehenen Gehaltssätze sind durch die überstürzte Preisentwicklung weit überholt. Sie sind nicht ausreichend, um den Beamten der unteren und mittleren Besoldungsgruppen die Lebenshaltung zu ermöglichen. Die Reichsgewerkschaft erhebt daher gegen die geplante, völlig unbefriedigende Regelung nachdrücklichst Einspruch.

Regierungsumbildung in Württemberg.

Die Regierungsumbildung in Württemberg durch den Eintritt der Sozialdemokraten in das Kabinett ist jetzt erreicht. Der Rücktritt des Arbeits- und Ernährungsministers Schall und die Übernahme dieses Ministeriums durch den sozialdemokratischen Reichs- und Landtagsabgeordneten Keil wird bekanntgegeben.

Das Einwohnerrecht im Saargebiet.

Die deutsche Regierung hatte bekanntlich beim Rat des Völkerbundes Einspruch gegen die Verordnung der Regierung des Saargebietes über den Erwerb des Einwohnerrechts in diesem Gebiete erhoben. Das Sekretariat des Völkerbundes hat nunmehr die Antwort der Regierungskommission auf den deutschen Protest erhalten. Der französische Vorsitzende der Regierungskommission des Saargebietes, Rault, behauptet in dieser Antwort, daß seine Verordnung nicht nur einstimmig von der Kommission angenommen wurde, sondern daß auch die gewählten Vertreter der Bevölkerung gefragt worden waren. — Der Rat des Völkerbundes wird wahrscheinlich erst Januar Beschluß über den deutschen Protest fassen.

Aus In- und Ausland.

Tokio. Infolge der Ermordung des Ministerpräsidenten ist das Gesamtkabinett zurückgetreten.

Berlin. Der bisherige erste Botschaftsrat der englischen Botschaft in Berlin, Lord Kilmarnock, geht als britischer Oberkommissar in der Rheinlandkommission nach Koblenz. Lord Kilmarnock war der erste beglaubigte Vertreter Englands nach dem Waffenstillstand und der erste Geschäftsträger Großbritanniens in Berlin.

Paris. Vom 22. d. M. an wird das belgische Strafgesetz in den Kreisen Eupen und Malmedy eingeführt.

Washington. Die neue Hauptstation der amerikanischen Funkgesellschaft Radio-Corporation of America wurde mit einer Kundgebung des Präsidenten Harding aus dem Weißen Hause in Washington eröffnet, in der er baldigen Frieden für alle Länder und Völker erhofft.

Karls Abschied von Ungarn.

Ohne Abdankung!

Innerhalb der von der Entente gestellten Frist hat die ungarische Nationalversammlung den Gesetzentwurf über den Verlust der Herscherrechte des Exkönigs Karl und das Erlöschen des Thronfolgerechtes des Hauses Habsburg angenommen. Damit ist der staatsrechtlichen Formalität Genüge getan, aber noch hat Karl selbst die Abdankung nicht unterzeichnet, sondern sich vielmehr mit der Hoffnung ins Ausland begeben, daß er eines Tages doch noch sein bereits zweimal vergeblich angestrebtes Ziel erreichen werde. Das kommt in einer Depesche zum Ausdruck, in der er sagte: „An dem Tage, an dem Ungarn im Unglück ist und nach mir ruft, werde ich glücklich sein, ihm dienen zu können." Er will, wie berichtet wird, künftig vom Verkauf seiner Schmucksachen und dem Ertrag seiner Güter leben, die er noch in Ungarn besitzt. Die Pension, die man ihm angeboten hatte, falls er abdanke, hat er abgelehnt. Die Kinder des ehemaligen Kaisers werden mit Erzherzogin Maria Theresia im Schloß Wartegg bei Rorschach Aufenthalt nehmen, wo die kaiserliche Familie, als sie nach der Schweiz kam, ihren ersten Wohnsitz hatte.

*

Kaiser und Bauer.

Über die Einzelheiten der Abreise Karls und Zitas weiß ein französischer Journalist ein rührsames Geschichtchen zu erzählen. Er berichtet, daß das Exkaiserpaar in ganz einsamer Gegend an einem Eisenbahnviadukt aus dem Zuge in das englische Kanonenboot umstieg, welches zur weiteren Fahrt ins Exil dienen sollte. Auf diesem sei für beide die Wohnung eines einfachen Soldaten hergerichtet gewesen. Die Ententeoffiziere wären sehr höflich, die ungarischen Offiziere aber sehr rauh und unhöflich gewesen, ja, sie hätten nicht einmal bis zur Abfahrt des Kanonenbootes eine Ehrenwache am Ufer zugelassen. Auch die alten Offiziere, die Karl begleitet hatten, gingen zum Bahndamm hinauf. Als Karl noch einmal die Tür seiner Kajüte öffnete, standen am Ufer nur ein Gendarm, ein Geheimpolizist und ein alter, halbverrotteter Bauer, der gekommen war — um den Kaiser Franz Josef zu sehen! Er wußte nichts davon (so erzählte der Franzose), daß Franz Josef gestorben sei, und war der Meinung, daß man den alten Kaiser außer Landes bringen wollte . . .

*

Die Zurückgebliebenen.

In Ungarn ist der Parteienstreit um Karl auch nach seiner Abreise nicht erloschen. Im Anschluß an den Beschluß der Nationalversammlung kam es zu einer Schlägerei zwischen einem Abgeordneten, der den Exkaiser als Deserteur bezeichnet hatte und einem Karlisten, der diese Beleidigung durch Schläge rächte. Fast wäre es zu Pistolenschüssen im Parlament gekommen. — Einer der verfolgten Karlistenführer, der Oberst Lehar, ist nach München geflüchtet. Er hat die Donau durchschwommen und sich auf tschechischem Gebiet nach der bayerischen Grenze durchgeschlagen. — Die Tschechoslowakei stellt ihre Kriegsdrohungen gegen Ungarn ein. Die Demobilmachung ist angeordnet. Kriegerische Verwicklungen bestehen für Ungarn nur noch nach wie vor im Westen, dem sogenannten Burgenland, um das der Streit mit Österreich trotz der Entente-Intervention nicht beigelegt werden konnte.

Die Entthronung der Habsburger ist übrigens — o unfehlbarer Ben Akiba! — nicht die erste in der Geschichte Ungarns. Wird sie die letzte sein? Bereits vor 200 Jahren und dann wieder im Jahre 1848 wurden die Habsburger aus Ungarn vertrieben, konnten sich jedoch, wenn auch nur mit fremder Hilfe, wieder in den Besitz des Thrones setzen.

Interpellation über die Enthüllungen Lipinskis.

Dresden. Die Enthüllungen des Ministers Lipinski über die „Brüder vom Stein" werden demnächst den Landtag beschäftigen. Die Deutschnationalen wollen eine Anfrage an die Regierung richten, die dem Minister Gelegenheit geben wird, sich zu den einzelnen Punkten seiner Anklage noch näher zu äußern.

Auch wir halten es für sehr wünschenswert, daß über die von Minister Lipinski erhobenen Anklagen Klarheit geschaffen wird.

Erklärung

der Liga zum Schutze der deutschen Kultur, Landesgruppe Leipzig, zu den „Enthüllungen" des Herrn Lipinski.

Der sächsische Minister Lipinski hat aus Anlaß der bevorstehenden Wahlen Gelegenheit genommen, von verantwortlicher Stelle aus eine Reihe von Organisationen anzugreifen und zu verdächtigen. Er hat dabei neben den Brüdern vom Stein auch die Liga zum Schutze der deutschen Kultur genannt und behauptet, diese wäre eine politische Organisation und arbeite mit den Brüdern vom Stein Hand in Hand.

Wir stellen demgegenüber fest:

Die Liga ist weder eine geheime noch eine Kampforganisation, sondern eine Friedensorganisation, im schärfsten Gegensatz zu Herrn Lipinski, dem ausgesprochenen Vertreter des Klassenkampfes. Die Liga unterhält keinerlei Beziehungen weder zu den Brüdern vom Stein noch zu anderen Organisationen, sei es geistiger, geldlicher oder persönlicher Art.

In voller Unabhängigkeit arbeitet die Liga an folgenden Zielen: Rein sachliche Aufklärung des deutschen Volkes über politische und wirtschaftliche Fragen der Gegenwart, insbesondere über den Versailler Vertrag und seine Folgen. Ueberbrückung der Parteigegensätze, Ausgleich der Standes- und Klassenunterschiede, zwecks Schaffung einer wahren Volksgemeinschaft und Volkseinheit.

Die Liga verfolgt keine nationalistischen und internationalistischen Ziele, sondern vertritt die Notwendigkeit der Zusammengehörigkeit aller Volksgenossen und der Schaffung eines Staats- und Volksbewußtseins im Geiste lebendiger Heimatliebe und Zugehörigkeit zur deutschen Kulturgemeinschaft. Die Liga steht auf dem Boden der Verfassung und kämpft für die Aufrechterhaltung von Ruhe, Recht und Ordnung sowie der sozialen Verantwortung jedes Staatsbürgers gegenüber der Gesamtheit.

Die Liga bildet den Boden, auf dem die Anschauungen der verschiedenen Parteien und Persönlichkeiten über die politischen, wirtschaftlichen und ethischen Aufgaben des gesamten Volkes sich ausgleichen sollen und verwehrt niemandem, seine gegensätzliche Meinung zu äußern.

Die Liga ist keine Partei, will keine Partei werden und ist völlig frei von jedem Parteieinfluß. Sie vereinigt vielmehr Angehörige aller Stände, Klassen und Parteien, nicht zum geringsten der arbeitenden Bevölkerung. Die Liga faßt als völlig neutrale Organisation bei gegebenen Anlässen politische, wirtschaftliche und kulturelle Verbände zu gemeinsamen Kundgebungen zusammen, wie dies beispielsweise anläßlich der großen Leipziger Demonstration gegen die Pariser Beschlüsse am 13. Februar d. J. geschehen ist.

Die Liga arbeitet mit freiwilligen und regelmäßigen Beiträgen ihrer Mitglieder, ohne sich bei der Durchführung ihrer oben dargelegten Aufgaben von irgend einer Seite beeinflussen zu lassen.

Jedem Unbefangenen und rechtlich Denkenden, der nicht wie Herr Lipinski einseitige, selbstsüchtige, dem Allgemeinwohl völlig widersprechende Parteiinteressen verfolgt, ist es ohne weiteres klar, daß Herrn Lipinski die Erfüllung solcher idealer Aufgaben im höchsten Grade unbequem ist und daß seine böswilligen unwahren Behauptungen rein demagogischen Beweggründen entspringen.

Aus der Praxis der Betriebsräte.

Wer sich vor Schaden schützen will, wähle die Gemeinschaftsliste.

In welch unverantwortlicher Weise gewirtschaftet wird und welche Zustände in solchen Gemeindewesen einreißen, wo die rote Mehrheit herrscht, dafür ist die Stadt Berlin bekanntlich ein Schulbeispiel. Der „Industrie- und Handelszeitung" Nr. 228 entnehmen wir folgenden Artikel:

„Wie weit die zum Teil sogar illoyale Machtanwendung und Anmaßung der Betriebsräte in der letzten Zeit geht, dafür dürften sich besonders typische Beispiele in den Betrieben Groß-Berlins finden. Den Berliner Betriebsräten sind Rechte eingeräumt, die weit über das Betriebsrätegesetz hinausgehen. Alle Neueinstellungen und Kündigungen müssen nach II der Anlage zum Tarifvertrage vom 23. Juni 1920 vorher dem Betriebsrat bekanntgegeben werden. Dieser kann Widerspruch erheben, über den im Schlichtungsverfahren entschieden